

Rosental-Neubau mit Büros und Wohnungen

Neues Projekt für Zürich-Häuser

URS RIST

Anstelle der Wohnhäuser neben dem Meseturm soll jetzt ein 46 Meter hoher Neubau mit vierzehn Geschossen entstehen. Der Mieterverband ist gegen den Abbruch.

Aufgrund des politischen Drucks habe die Zürich-Versicherung, die sich «Zurich» nennt, ihr Projekt für einen Neubau geändert, steht in der Publikation des Bau- und Verkehrsdepartements zur Planauflage, die am kommenden Montag beginnt. Die Wohnfläche der bestehenden Liegenschaften Rosentalstrasse 9 bis 13 soll in den Neubau integriert werden. Über den acht Geschossen mit Dienstleistungsnutzung sollen sechs Vollgeschosse mit Wohnungen erstellt werden. Deren Fassaden werden so abgegrängt, dass die Lichteinfallswinkel zu den Nachbarhäusern eingehalten werden, ist dem Inserat in der BaZ vom Freitag zu entnehmen. Die Gesamthöhe des Neubaus beträgt 46 Meter, etwas weniger als die Hälfte des Meseturms (105 Meter), sagt Robert Stern vom Planungsamt.

In der Volksabstimmung vom 22. September 2002 hatten 50,7 Prozent der Stimmenden Nein zu der Zonenänderung für einen Büro-Neubau gesagt, aber der Bebauungsplan blieb rechtskräftig. Diese unklare Lage führte zu einem Rechtsstreit. 2006 forderte Beat Jans (SP) in einer Motion, den Bebauungsplan so abzuändern, dass die Häuser nicht abgerissen werden können. Diesen Vorstoss überwies der Grosse Rat 2006 zwar an die Regierung, aber im April 2010, als es um eine Fristverlängerung ging, schrieb er die Motion mit 41 gegen 38 Stimmen als erledigt ab. Nach der Planauflage sollen dem Grosse Rat die Zonenänderungen und der angepasste Bebauungsplan vorgelegt werden, um den Neubau mit der gemischten Nutzung zu ermöglichen, sagt Stern.

Der Mieterverband wandte sich gestern in einer Medienmitteilung gegen ein «Luxushochhaus am Messeplatz». Denn die Nein-Stimmenden von 2002 hätten den «Erhalt der bestehenden, bezahlbaren Mietwohnungen» gewollt.

nachrichten

Fünf Jugendliche festgenommen

SCHLÄGEREI. Fünf Jugendliche im Alter zwischen 14 und 16 Jahren wurden festgenommen, wie die Staatsanwaltschaft mitteilt. Sie hatten am 12. Februar am Voltaplatz zwei Jugendliche mit Faustschlägen und Fusstritten angegriffen und dabei einen der beiden verletzt. Nun werde abgeklärt, ob die Festgenommenen – vier Schweizer und ein Spanier – auch für andere Straftaten infrage kommen. Die Staatsanwaltschaft rät Personen, die Opfer einer Straftat wurden, diese bei der Polizei anzuzeigen.

Rückstau auf der Nordtangente

MANÖVER. Rund eine Stunde lang musste gestern nach 9.40 Uhr der St.-Johann-Tunnel der Nordtangente gesperrt werden, weil ein Lastwagen bei einem Wendemanöver stecken geblieben war. Beim Zollamt Basel-Saint-Louis-Autobahn hatte ein Chauffeur aus Litauen die Zufahrt verpasst und versuchte zu wenden, wie das Justiz- und Sicherheitsdepartement mitteilt. Durch die Blockierung entstand auf der Nordtangente ein bis zu vier Kilometer langer Rückstau.

Listenverbindung in der Mitte wird konkret

NATIONALRAT. Die Parteileitungen der CVP, der EVP und der GLP haben beschlossen, ihren Parteiversammlungen eine Listenverbindung für die Nationalratswahlen zu beantragen, wie sie mitteilen. Für die Bürgergemeinderatswahlen ist die Verbindung schon formell beschlossen worden. Seit Januar ist bekannt, dass die drei Parteien der Mitte zusammengehen wollen.

Trotz Einigung wird abgestimmt

Am Montag entscheiden die Familiengärtner, was sie vom «Gegenvorschlag Plus» halten

DAVID WEBER

Im Streit um die Zukunft der 2100 Basler Familiengärten wurde ein Kompromiss ausgehandelt. Dieser ist allerdings nicht an den Rückzug der Initiative gekoppelt. Daher kommt es in jedem Fall zur Volksabstimmung.

Christian Schneider hat keine einfache Aufgabe. Denn der Präsident des Zentralverbands der Basler Familiengartenvereine weiss: Bei den Familiengärtnern gibt es verschiedene Strömungen. «Jene, die um jeden Grashalm kämpfen» und jeden einzelnen Familiengarten in Basel erhalten wollen, wie dies die Initiative «Rettet die Familiengärten» fordert. Und es gibt die Kompromissbereiten. Schneider gehört zu Letzteren. Deshalb hat er zusammen mit Heinrich Ueberwasser, Präsident des Initiativkomitees und SVP-Grossrat, in den letzten Wochen erneut mit Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels (SP) verhandelt. Ihr Ziel: eine Verbesserung und Konkretisierung des Gegenvorschlags zur Initiative. Im Januar hatte der Grosse Rat beschlossen, dass mindestens 80 Prozent der 2100 Basler Familiengärten geschützt und aufgewertet werden sollen.

WENIGER WOHNRAUM. Gestern präsentierten Wessels, Ueberwasser und Schneider ihren «Gegenvorschlag Plus». Neu sollen an den Stadträndern Basels nur noch 300 Familiengartenparzellen bis in 15 Jahren umgenutzt werden. Im Gegenvorschlag waren es noch 420. Wessels hofft, dass so die Familiengarteninitiative an der Urne chancenlos bleibt. Diese Reduktion hat Einfluss auf die Stadtrandentwicklung des Kantons. Denn der Entwurf des provisorischen Zonenplans ermöglicht dort den Neubau für Wohnungen für 4000 bis 4500 Einwohner. Fünf Familiengartenareale müssten ganz oder teilweise weichen. Nun krebst Wessels zurück. Mit dem «Gegenvorschlag Plus» sind noch Wohnungen für 3000 bis 3500 Einwohner möglich.

Weiter wurden mit den fünf ursprünglich betroffenen Familiengartenvereinen Vereinbarungen ausgehandelt. Am unpro-

blematischsten ist dies für den Familiengartenverein «Zu den drei Häusern» auf dem Bruderholz. Dort verzichtet die Regierung ganz auf Wohnungen für 500 Personen. Auch auf dem Areal Milchsuppe im Westen der Stadt sind mit 55 Parzellen viel weniger Gärten bedroht als früher geplant. Unverändert bleibt die Situation im Gebiet Rheinacker im Osten Basels. Dort sollen auf dem Areal Rankhof 53 Parzellen und beim Verein Bettingerweg 100 Gärten aufgehoben werden. Der Gartenverein Dreispitz, der in einer Industriezone liegt, wird schrittweise aufgehoben werden.

KEIN RÜCKZUG. Ueberwasser und Schneider überzeugt der «Gegenvorschlag Plus». Mit der versprochenen Aufwertung der übrigen Areale bringe dieser «viel mehr und Besseres als die Initiative», heisst es in einer gemeinsamen Mitteilung. Sie empfehlen den Präsidenten der 35 Vereine die Ablehnung der Initiative und die Annahme des Gegenvorschlags. Diese Konsultativabstimmung findet am Montag statt. Ob Schneider und Ueberwasser die Präsidenten überzeugen können, bleibt abzuwarten. Der Widerstand einiger Hardliner, wie alt Nationalrat Hansjörg Weder, ist sicher, aber nicht nur von ihnen. Denn zwei betroffene Vereine, nämlich Bettingerweg und Rankhof, haben die Vereinbarung noch nicht unterschrieben. Ihm passe die Vereinbarung nicht, sagt Rankhof-Präsident Cris Crivelli. Er bevorzuge die Initiative. «Aber ich richte mich nach dem Willen meiner Pächter», sagt er. Diese Gespräche bräuchten aber noch Zeit.

Ein Rückzug der Initiative steht aber trotz Einigung nicht zur Debatte. Schneider und Ueberwasser wollen eine Abstimmung in jedem Fall, auch wenn sie sich dann für den Gegenvorschlag einsetzen werden. Wessels bezeichnet dies zurückhaltend als «spezielle Situation». Ueberwasser und Schneider begründen das Beharren auf einer Volksabstimmung mit dem Respekt vor jenen, welche die Initiative unterschrieben haben, und weil die Basis der Familiengärtner – wie erwähnt – nicht homogen sei.

kommentar

Eine groteske Situation

DAVID WEBER



«Beide Seiten müssen eine Kröte schlucken.» So kommentierte Heinrich Ueberwasser, Präsident des Initiativkomitees «Rettet die Familiengärten», gestern den neuesten Familiengartenkompromiss. Bei genauer Betrachtung sind die Kröten allerdings sehr unterschiedlich gross. Der Regierungsrat hat gestern enorme Zugeständnisse an die Adresse der Familiengärtner gemacht. Er verzichtet auf Wohnraum für 1000 Menschen an den Stadträndern, um 120 Familiengärten weniger aufheben zu müssen – die notabene im Besitz des Kantons Basel-Stadt sind. Im Bau- und Verkehrsdepartement von Hans-Peter Wessels dürfte das Verständnis für das Verhalten des Chefs gering sein. Den Familiengartenexponenten gefällt nun der Gegenvorschlag aber gar besser als die Initiative. Das zeigt, dass sie mit dem Schlucken ihrer Kröte wenig Mühe haben. Anders Hans-Peter

Wessels. Er fürchtet sich enorm davor, dass die Initiative angenommen werden könnte. Dann wäre die gesamte Stadtrandentwicklung gestorben. Um dieses Planungsfiasko zu verhindern, war er zu weiteren Zugeständnissen bereit. Und er wird dafür nicht einmal belohnt. Denn trotz der Einigung mit Wessels sind Ueberwasser und Familiengärtnerchef Christian Schneider – für die das Ergebnis der Verhandlungen einen bemerkenswerten Erfolg darstellt – gegen den Rückzug der Familiengarten-Initiative. Das Volk soll in jedem Fall entscheiden. Ueberwasser und Schneider werden sich aber nach besten Kräften für den «Gegenvorschlag Plus» engagieren. Dies führt zur grotesken Situation, dass Ueberwasser als Präsident des Initiativkomitees im Abstimmungskampf gegen die eigene Initiative kämpfen wird. Das versteht niemand. Wenn ein Gegenvorschlag besser ist als die Initiative, muss diese zurückgezogen werden. Das wäre konsequent. david.weber@baz.ch

Roche steht in den Startlöchern

Die Baubewilligung für das 175-Meter-Hochhaus liegt vor

PATRICK MARCOLLI

Die Einsprache des VCS gegen das Mobilitätskonzept von Roche hat vor dem Bauinspektorat keine Gnade gefunden. Noch ist unklar, ob der VCS gegen den Entscheid rekurriert.

Die lange Planungsphase geht dem Ende entgegen: Roche hat vom Basler Bauinspektorat die Baubewilligung für das neue 175 Meter hohe Bürogebäude bekommen. Damit hat der Pharmakonzern nun grünes Licht, um mit dem Aushub für das dereinst höchste Gebäude der Schweiz zu beginnen. Im März sollen die Baugeräte, die jetzt schon auf dem Gelände in «Achtungstellung» stehen, mit der Arbeit beginnen.

Die Öffentlichkeit wird allerdings noch länger nichts zu sehen bekommen. Denn die Arbeit unter der Erdoberfläche wird mehr als ein Jahr in Anspruch nehmen, wie Roche-Projektleiter Claus Herrmann gegenüber der BaZ erläutert.

Das Hochhaus wird mit rund 20 Meter langen Betonpfählen und einem ebenso hohen Betonkubus im Grund verankert werden. Damit soll der Bau so stabil sein, dass er auch einem Erdbeben der Stärke 6,9 auf der Richterskala standhält. Roche übertrifft damit dem vom Branchenverband SIA vorgegebenen Wert deutlich: Nach SIA-Norm muss ein Neubau ein Beben mit Stärke 6,2 überstehen.

OHNE WEITERE AUFLAGEN. Ob nun aber mit dem Bau begonnen werden kann, ohne dass noch ein juristisches Verfahren hängig ist, liegt am Verkehrsclub der Schweiz (VCS). Dieser hatte gegen das Mobilitätskonzept von Roche eingeklagt. Dieses Konzept wiederum war Teil der gesamten Baueingabe für das «Bau 1» genannte Hochhaus der Architekten Herzog & de Meuron. Das Bauinspektorat hat die Einsprache des VCS ohne zusätzliche Auflagen für den



Areal an der Grenzacherstrasse. Die Baumaschinen stehen schon für den Aushub bereit. Fotos Roland Schmid

Konzern abgewiesen. Stephanie Fuchs, Geschäftsführerin des VCS Sektion Basel, konnte noch nicht sagen, ob sie den Entscheid anfechten und vor die Baurekurskommission gelangen werde. Grund: Sie hatte gestern zwar den Post-Avis für den eingeschriebenen Brief des Bauinspektorats erhalten, kann den Brief aber erst heute abholen.

Bei Roche geht man so oder so von einem Baubeginn Anfang März aus. Die Einsprache des VCS habe zwar eine Verzögerung von einigen Wochen gebracht. «Doch wir sind immer noch sehr gut im Zeitplan», sagt Matthias Baltisberger, Leiter des Roche-Standorts

Basel. Ein Weiterzug hätte für den Baubeginn jedenfalls keine aufschiebende Wirkung.

Beim Pharmakonzern will man nichts dem Zufall überlassen. Ein internes Projektteam unter Claus Herrmann wird einem Steering Komitee (Steuerkomitee), dem auch Roche-Chef Severin Schwan angehört, während des Baus laufend Bericht erstatten und die Arbeiten der Architekten und des Generalplaners beaufsichtigen. Auf einen Generalunternehmer verzichtet Roche. Aus Kostengründen, wie Baltisberger sagt. Aber auch, um die Qualitätskontrollen direkt vornehmen zu können.



Optimistisch. Matthias Baltisberger (l.) und Claus Herrmann von Roche.